

Zeitung

Vierteundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Äquivalent 40 Pf. wöchentlich 2.50 Mark, 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schließung und Haupt-Schließung: Halle, Neue Dromade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Schließungen: Große Ulrichstr. 52 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Bezugspreise:

Im Falle monatlich bei zweimonatlich Zahlung 7.50 Mark, vierteljährlich 12.50 Mark, durch die Post 22.50 Mark. auschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im Einzel-Vertrieb eingetragene. Für unvorläufig eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Hochdruck nur mit der Quellenangabe. Zeitschriften-Vertrieb. Fernr. der Schließung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtdg. Nr. 1418 u. 1411, der Bezugs-Abtdg. Nr. 1133.

Nr. 357.

Halle, Dienstag, den 3. August 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Das Amnestiegesetz vor dem Reichstage.

„Preßtrabanten“.

Der Inhalt des Leitartikels unserer Sonntagnummer „Alle Mann an Bord“ hat die „Hallsche Allgemeine Ztg.“ in Sarkasie gebracht. Sie ist aber nicht etwa über die sachlichen Ausführungen getostet, die wir an die Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Scholz geknüpft haben, sondern darüber, daß wir einen Gegenstand der Auffassung des Reichswirtschaftsministers zu „dem Geschreibsel vieler, an eigenes Denken nicht gewöhnten Preßtrabanten der Deutschen Volkspartei“ festgestellt haben. Wir wissen zwar nicht, warum gerade das volksparteiliche Blatt in Halle sich über diese Feststellung so besonders entrüstet, denn es ist uns ja gar nicht im Traum eingefallen, die Zugehörigkeit der „Hallschen Allgemeinen Zeitung“ zu diesem volksparteilichen Preßtrabanten-Klunge auszusprechen oder gar an ihrer eigenen Denkfähigkeit auch nur im geringsten zu zweifeln. Aber da sie trotzdem die Gelegenheit wahrgenommen hat, für diesen Klunge eine Range zu brechen, können wir es nicht unterlassen, sie auf einer Kampfmethodo festzunageln, die alle die Vorwürfe, die sie glaubt, uns machen zu können, auf sie selbst zurückzuschieben läßt. Wir haben ausdrücklich von vielen, an eigenes Denken nicht gewöhnten Preßtrabanten gesprochen. Der Leitartikel der Allgemeinen ist aber so, als ob wir alle volksparteilichen Blätter damit gemeint hätten, und sagt, auch die „Saalezeitung“ müßte wissen, daß die gesamte deutsch-volksparteiliche Presse mit der Regierung der Auffassung ist, daß unter allen Umständen und mit allen Mitteln versucht werden muß, das Rosenabkommen von Spa zu halten. Wenn die „Saalezeitung“ das nicht wisse, so tralte sie mit Schenkklappen an der volksparteilichen Presse vorüber oder bespaute etwas bösen Willens wider besseres Wissen.

Gerade weil die volksparteiliche Presse in den letzten Wochen aufmerksamer verfolgt hat, weiß, daß dort während der kritischen Tage in Spa und noch unmittelbar vor der offiziellen Stellungnahme der Regierung im Reichswirtschaftsrat und im Reichstage durchaus nicht immer der Wille zum restlosen Einlass für das Rosenabkommen gefördert, sondern vielfach sehr stark in fruchtloser negativer Kritik gearbeitet worden ist. Erst als entsprechende Winke aus der volksparteilichen Zentrale kamen, wachte der Wind anders. Eine rühmliche Ausnahme machten anfangs nur einige maßgebende volksparteiliche Blätter, die ihre Stellung im politischen Leben etwas anders auffassen und nicht nur Trabanten sein wollen, die ihre Erleuchtung von einer parteilichen Zentralfunktion erhalten, ohne die sie in einiger Dämmrung verharren müßte.

Im Uebrigen haben wir keine Lust, uns in eine Zeitungsfische mit dem hallschen volksparteilichen Organ einzulassen. Weder glauben wir, daß unser Verstehtis daran ein Interesse hat, noch scheint uns damit den politischen Allgemein-Interessen gebietet. Auch will uns der persönlich ausgepielt, gehässige Ton, den die „Allg. Ztg.“ anschlägt, recht wenig zu dem Ernst der Probleme passen, von deren Lösung die Existenz unseres Volkes abhängt. Der Vorwurf gemeinen politischen Krafteleumens, den uns das volksparteiliche Blatt glaubt anhängen zu können, kann uns nur ein Lächeln ablocken, und wir vermuten, daß es uneren Lesern ebenso gehen wird, die verfolgt haben werden, wie wir an dieser Stelle stets zum Einlass aller Kräfte für die produktive Arbeit aufgerufen haben. Wenn wir gegen das Geschreibsel vieler, an eigenes Denken nicht gewöhnter Preßtrabanten Stellung nahmen, so geschah es auch nur, weil wir damit die Gedankenlosigkeit mancher Journalisten treffen wollten, die über der Lust an persönlicher Anreicherung ihre vornehmliche Pflicht vergessen, in den Zeiten der unerbittlichen Not anerkennend und versöhnend auf ihre Forderung einzutreten.

Wir lehnen es für die Zukunft ab, politische Erörterungen in kleinliche Reibereien und Zeitungsfischen ausarten zu lassen. Dazu haben wir weder Lust noch Zeit.

Deutscher Reichstag.

16. Sitzung, Montag, 2. August, 1 Uhr nachmittags. Das vorläufige Abkommen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Holland wird endgültig angenommen und ebenso der Vertrag zwischen der deutschen und niederländischen Regierung über Kredite und Einzahlungen, sowie die Novelle zum Postgebühren-Gesetz vom 20. April 1920, wonach die Erhöhung der Zeitungsgebühren erst vom 1. Januar 1921 ab erfolgt.

Es folgt die erste Beratung des Antrages Müller-Franken (So.) auf

Vorlegung eines allgemeinen Amnestie-Gesetzes

und eines Gekesentwurfes der bürgerlichen Parteien auf Gewährung von Straffreiheit für Straftaten zur Abwehr hochverrätherischer Unternehmen gegen das Reich und zur Milderung an solchen Unternehmen mit Ausnahme der Urheber und Führer. Von der Straffreiheit ausgeschlossen wird nach diesem Antrage Verbrechen gegen das Leben, schwere Körperverletzung zwecks Raubes und Brandstiftung.

Abg. Habbruch (So.): Wenn man im Sinne des bürgerlichen Antrages auch die Kapoffen freiläßt, dann muß man auch die Revolutionäre des Jahres 1917 straflos lassen, weil dann auch den änderlichen Revolutionären Anspruch auf Straffreiheit zugestimmt werden muß.

Abg. Dr. Jerschke (U. S.) begründet den Gekesentwurf seiner Partei, der für alle vorläufigen Bewandenen verurteilten Straftaten die Amnestie gewährt will, insbesondere für solche Straftaten, die im Zusammenhang mit der Abwehr des Rapp-Putsch oder des im Anschluß hieran erfolgten Eingreifens der Reichswehr stehen. Straftaten, die zur Unterdrückung des Rapp-Putschs dienten, sollen von der Amnestie ausgeschlossen werden.

Abg. Burloge (Ztr.): Der Straffreiheit müssen bestimmte Grenzen gezogen werden, wenn wir uns nicht mit dem besten Teile des Volkes in Widerspruch setzen wollen. Wir könnten es nicht verantworten, wenn die Amnestie nur einer kleineren Anzahl würde. In die inneren Angelegenheiten der Länder wollen wir uns durch das Amnestiegesetz nicht einmischen.

Abg. Queringer (Dn.): Gegen den Erlaß allgemeiner Amnestie sprechen immer schwere Bedenken. Daher beschränkt sich denn die vorliegenden Anträge auf Straftaten politischer Art. Die mangelhafte Ernährung des Volkes nach es erstreckt, wenn viele das moralische Gleichgewicht verloren haben. Der Antrag der Unabhängigen geht uns zu weit. Eine Majorisierung Bayerns, dessen Volksvertretung für die Amnestierung der hochverrätherischen Unternehmen gegen die kaiserliche Bundesverwaltung ausgesprochen hat, kann nicht in Frage kommen, das würde die schmerzlichen Konflikte im Reiche hervorruhen. Zu dem Antrag der anderen bürgerlichen Parteien beantragen wir eine Veränderung dahin, daß die Amnestie auch auf die Urheber und Urheber der in Frage kommenden hochverrätherischen Handlungen ausgedehnt wird. Das entspricht auch der seinerzeit vom Justizminister Schiffer gegebenen Zusage.

Justizminister Heine: Wenn wir die unhaltbaren Zustände im Ruhrgebiet befestigen wollen, dann muß die ungescheure Erregung, die infolge der Strafprozesse sich dort geltend macht, beseitigt werden. Das Recht Bayerns auf seine Justizhoheit erkennen wir an, daher trifft der Antrag der Regierungsparteien, die die Straffreiheit auf Handlungen gegen das Reich beschränkt, das Richtige. Auf Rädelsführer und gemeine Verbrecher darf sich die Amnestie nicht erstrecken. Der Koalitionsantrag geht weiter als das Bielefelder Abkommen, denn er ist nicht jetzt beschränkt. Er bezieht sich nicht ausschließlich auf den Rapp-Putsch und er bezieht nicht bloß auf Abwehr von Hochverrat, sondern abgesehen von Führern auch auf Hochverrat selbst.

Dr. Kaß (D. Vp.): Wir wünschen die Amnestie, weil wir einen Strich unter die Vergangenheit machen wollen. Wir erkennen die Staatsnotwendigkeit an, den auf der Volkarbeit infolge der Strafprozesse lastenden Druck zu vermindern. Das Recht des Reiches, Amnestiegesetze auch mit Wirkung für einzelne Länder zu erlassen, ist unbestreitbar. Die Frage, ob das Reich in diesem Falle davon Gebrauch machen soll, ist jetzt aber aus politischen Gründen durchaus zu verneinen.

Abg. Schiffer (Dem.): Die Tatsache, daß die Urheber des Rapp-Putschs bis in die Pfand der Verantwortung entzogen haben, macht sie unwürdig der Amnestie. (Schriktlich bei den Demokraten.) Bei den Besprechungen mit Vertretern Rapps habe ich die Verluste, Bedingungen zu stellen, abgelehnt. Mein Eintreten für eine allgemeine Amnestie habe ich persönlich allerdings in Aussicht gestellt, aber als die unermessliche bedingungslose Kapitulation vorwegvert wurde, sofort wieder zurückgezogen.

Abg. Emminger (Bayr. Vp.): Amnestien dürfen nicht zur Unterbindung der Autorität der Hochverrat selbst haben. Bisher in Bayern das System der bedingten Begnadigung vorgezogen, dessen Ausführung wir in die Hände der Volksgerechtigkeit selbst legen.

Präsident Goede: Die Erörterung spinnt sich sehr weit aus. Es wäre behauerlich, wenn wir insolge dessen solange zusammenbleiben müßten, daß schließlich an einer etwaigen Beschlussfähigkeit des Hauses unsere schönsten Hoffnungen zugrunde gehen.

Abg. Dr. Stresemann (D. Vp.): Ich stimme persönlich für den Antrag der Deutschnationalen, weil ich an den Verhandlungen während der Rapp-Debatte teilgenommen habe und damit die Zusage des Eintritts für eine allgemeine Amnestie gegeben habe.

Abg. Ludwig (U. S.): Die Abwehr-Aktion gegen die Rapp-Leute war doch ein Landräuberei. Will man die Leute eingesperrt halten, die dabei über die Stränge geschlagen haben?

Justizminister Heine: Die Führer und Urheber

von Abwehr-Unternehmungen gegen den Hochverrat sind nicht von der Amnestie ausgeschlossen.

Abg. Herzt (Dn.): Wir waren bei den Verhandlungen darüber einig, daß eine allgemeine Amnestie nur der Nationalversammlung vorgelegt werden sollte. Daraufhin hat Wittvich sich bereit erklärt, die ganze militärische Aktion einzustellen. Unterstaatssekretär Goelz hat ein empfindendes Protokoll gegenzeichnet, wonach Herr Schiffer als Minister für die allgemeine Amnestie eintreten werde. Am nächsten Tage teilte ich Herr Schiffer meine Zusage zurückzugeben. (Lacht, hört.)

Abg. Frau Jettin (Komm.): Die verlappten Kapoffen sind jetzt in der Nacht, sie wollen nur deshalb eine allgemeine Amnestie gewähren, damit nicht die im Reich schmähenden begeisterten Arbeitervertreter in Freiheit kommen.

Abg. Müller-Franken (So.): Die Regierung Bauer stand auf dem Standpunkt, daß Verhandlungen über eine allgemeine Amnestie gar nicht in Frage kommen könnten.

Abg. Schiffer (Dem.) betont nochmals, daß der Abbruch der Verhandlungen erfolgt sei, als Wittvich sich weigerte vom Kommando zurückzutreten.

Abg. Schulz-Kramberg (Dn.) und Dr. v. D. E. b. r. u. c. bestätigen, unter dem Eindruck gestanden zu haben, daß Herr Schiffer sein Eintreten für die allgemeine Amnestie zugestagt habe.

Damit schließt die erste Beratung.

In der zweiten Sitzung wird der Gekesentwurf der Unabhängigen gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Parteien, der Antrag der Deutschnationalen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der Antrag der Koalitionsparteien wird angenommen, ebenso in dritter Sitzung und gegen die Stimmen der Deutschnationalen in der Gesamtabstimmung.

Endgültig angenommen werden Verfassungsänderungen über die Abgaben der preussischen Stimmen im Reichstag und über des Reichsgemeindewahlrecht für Helgoland.

Daraufhin wird die zweite Beratung des ergänzenden Haushalts-Gesetzes fortgesetzt.

Der Haushalt des Ministeriums des Inneren wird ohne Erörterung bewilligt.

Beim Haushalt des Wehrministeriums fordert Abg. Schöpflin (So.) eine Verminderung der Zahl der Generale und Obersten.

Reichswehrminister Dr. Gessler: Gewiß darf kein Pfennig mehr ausgegeben werden, als unbedingt nötig ist. Die junge Reichswehr ist aber in voller Umbildung und gerade während der Uebergangszeit bedürfen wir noch einer großen Zahl erprobter Offiziere.

Nach weiterer Debatte wird der Wehrhaushalt bewilligt, ebenso der Haushalt des Schatzministeriums, des Landwirtschaftsministeriums und des Finanzministeriums, bei dem der Minister Birch ein Telegramm der banatischen Berkehrspersonal-Vereine verliest, wonach jede Demonstrationstret für ihre wirtschaftlichen Zwecke ablesne. Wir haben jetzt 238 Milliarden Schulden im Reiche, wozu noch 39 Milliarden für die Eisenbahnübernahme kommen.

Beim Haushalt des Auswärtigen bestürmt Abg. Freiherr von Berner (D. Vp.) die Herausgabe einer überflüssigen kurzen Volkssgabe der Hauptbestimmungen des Berliner Vertrages. Auf diese Weise könnten wir das beste Werbemittel für die Revision des Vertrages bekommen.

Außenminister Dr. Simons erklärt, der Anregung gern entsprechen zu wollen. (Um 3 10 Uhr war der Schluß des Reichstages vor Berlin noch nicht zu bekommen.)

Die deutschen Luftschiff-Lieferungen an das Ausland.

Friedrichshafen, 30. Juli. In der gestern hier abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Deutschen Luftschiffahrt-Aktiengesellschaft, in der beschlossen wurde, angefaßt des Verlustes von 149 000 Mark für das abgelaufene Geschäftsjahr seine Dividende zu verteilen, teilte der Vorsitzende u. a. mit, daß die Entente für die nach der Revolution zerstörten sieben Luftschiffe Ersatz verlangt, aber nicht der Zahl der Schiffe, sondern dem Rauminhalt nach. Die beiden letzten Passagierluftschiffe Bodensee und Nordsee müssen abgeliefert werden. Die Entente erlaubt uns, ein Bierschiff nach Ablieferung des letzten Heeresgeräts den Bau von Luftschiffen wieder aufzunehmen. Das ist aber eine Zeitbestimmung, die ganz nach Belieben abgeändert werden kann. Bei Wiederaufnahme des Luftschiffbaues muß dann jedes dritte Luftschiff bis zur Erreichung der verlangten Gesamtzahl von Ersatzschiffen an die Entente abgegeben werden, und zwar soll von dreien jeweils immer das vollkommene Luftschiff zur Ablieferung gelangen. Ob sich der game Plan überhaupt durchführen läßt, ist fraglich. Ueber die Fortdauer der Entente, daß die große Ballonhülle in Friedrichshafen gänzlich zerstört werden müße, sind neue Verhandlungen eingeleitet worden.

Die Notlage der deutschen Presse.

Alemberg, 2. Aug. Die am Sonntagabend hier abgehaltene äußerst zahlreich besuchte Hauptversammlung des Vereins hauerlicher Zeitungsverleger nahm noch längerer, lehr

erregter Debatte eine Entschliessung an, in der im Hinblick auf die wichtige Stellung der Druckindustrie und die damit zusammenhängenden Interessen die Papierfabriken der Reichsstadt und die Reichsregierung dringend aufgefordert werden, hier einmal nach dem Neuen zu leben, da es nicht anginge, die Papierfabriken durch die Macht ihres Ringes sich auf Kosten der Allgemeinheit in geradezu unerhörter Weise bereichern. Die Verträge von Selbsthilfe seien vergeblich geblieben. Geordert wird der sofortige Abbau der Preise für Zeitungspapier auf vorläufig mindestens 2 Mt. und wenn möglich Zementmassnahmen gegen den Papierfabrikanten-Ring, ferner bei den Geschäftleuten des Reiches darauf hinzuwirken, daß für die Herstellung des Zeitungspapiers das nötige Holz zu entsprechenden Preisen zur Verfügung gestellt werde und schließlich dafür zu sorgen, daß das erforderliche Rohlenquantum den Papierfabriken freigegeben wird, damit sie neue Preisauflagen nicht mit Arbeitsunterbrechung begründen können. Komme ein Abbau des Papierpreises auf die angegebene Grenze nicht sofort zu Stande, so wäre der Zusatz zu machen, daß die Papierfabriken die Preise unvermeidlich, wenn sich die Verhältnisse auf dem Druckfabrikanten-Gebiet. Ferner wird der Reichsregierung die Abschaffung der ungetragenen Anzeigenerhöhung gefordert und verlangt, von der bevorstehenden Märzischen Erhöhung des Postzeitungs-Tarifes absehen zu wollen, zumal da es im ureigenen Interesse der Reichsregierung und aller nachgeordneten Stellen liegt, einen Zusammenbruch der Zeitungen zu verhindern, weil nur mit ihrer Hilfe die Regierung und die Parteien unter der Fühlungnahme mit dem Volke aufrechterhalten werden könne.

Gegen den Steuer-Lohnabzug.

Schweinfurt, 2. August. Am Sonnabend erschien im Fabrikanten-Schweinfurter Protestkomitee der Reichsstadt und die die gesamte Bevölkerung von etwa 3000 Mann und einlandige eine Abordnung zur Diskussion, die die sofortige Abschaffung der bereits einbehaltenen Steuerbeiträge und die Unterhaltung früherer Abzüge für den gleichen Zweck forderte. Der Vorstand des Direktors Sachse, am Montag die Vorbereden durch den Reichsrat notierten und lassen, wurde sofort abgelehnt und sofortige Erhebung der Forderungen bestritten. Die Kommission teilte mit, daß bei einem normalen Steuerabzug keine Gewähr für die persönliche Sicherheit des Direktors Sachse bestehe. Die Diskussion gab nach und machte die Arbeiterchaft dem Einste amnestisch verantwortlich.

Die Vorgänge in Zittau.

Dresden, 2. August. Ueber die Vorgänge in Zittau veröffentlicht die Nachrichtenstelle der Staatsanwaltschaft eine Erklärung, in der es u. a. heißt: Unzureichende Kräfte haben einen Teil der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten und Gewalttaten veranlaßt. Mitglieder der U. S. D. und Kommunisten haben sich unter anderem die Gewalt über die Behörden aneignet und damit weitere schwere Ausschreitungen begangen. Der einmütig gewählte Ausschuss hat sich als Inhaber der höchsten Gewalt anerkannt und damit den offenen Kampf mit der verfassungsmäßigen Obrigkeit aufgenommen. Die Ausschüsse verhalten sich in Zittau wie in Kattowitz. Der Führer der hier hauptsächlich verurteilten Zettler aus dem Arbeiterkreis, der auch im Zittauer Arbeiter-Komitee Mitglied über die Arbeiter gebracht hat. Unter dem Einfluß solcher Elemente hat eine terroristische Hinterlist gewollt, indem man Arbeiter ermorden abgibt und das Leben der Arbeiter in Gefahr bringt. Man hat ferner angeordnet, das Revolvergesetz scharf zu setzen. Aus diesen Gründen war die Regierung nicht in der Lage über die besten Interessen der Bevölkerung einzutreten. Am Sonntag hat das Parlament in Zittau beschlossen, alles mögliche zu tun, um die herrschende Anarchie, Unruhe und Unfrieden der Bewohner vor Antritt zu bewahren und die rechtmäßigen Behörden wieder einzusetzen. Zu diesem Zweck hat der Reichsrat die Landespolizeiorgane und die Militär-Verhältnisse erwidert werden, das nötige zu veranlassen. Wenn die zur Erreichung dieser Zwecke notwendigen Maßnahmen nicht durch die Regierung durchzuführen sind, so wird die Reichsregierung, die die tatsächliche Macht über die Bevölkerung schon nach kurzer Zeit überallhin bringen wird.

Zittau, 2. August. Die Lage im Generalstreik hat sich wesentlich verändert. In einer morgigen Nacht sind die Schichtwerke abgeblieben, von etwa 10000 Personen besetzten Massenverammlung wurde den „Zittauer Nachrichten“ zufolge bekanntgegeben, daß sich auch das Generalstreikpartei, das bisher eine absonderliche Stellung einnahm, für die Durchführung des Generalstreiks einsetzt und die Annahme sämtlicher Forderungen der Arbeiter erklärt.

Der russisch-polnische Krieg.

Warschau, 2. August. Seeresbericht vom 1. August. Dänisch der Ostsee und des Nordens bis Inzowien ist die Lage unruhig. Die russische Flotte ist in der Ostsee und im Nordens bis Inzowien. Die russische Flotte ist in der Ostsee und im Nordens bis Inzowien. Die russische Flotte ist in der Ostsee und im Nordens bis Inzowien.

Polens Bedingungen.

Amsterd., 2. August. Der Vizepräsident des polnischen Ministeriums hat dem Reichsminister der Aussen in Warschau erklärt, Polen könne einem Waffenstillstand nur unter folgenden Bedingungen zustimmen:

1. Ein unabhängiger polnischer Staat ohne Einmischung der Bolschewisten in die inneren Angelegenheiten.
2. Keine Entzweiung des polnischen Heeres.
3. Die alte polnische Grenze mit Demarkationslinie. Notwendig falls würde Polen bereit sein, den Wunsch des Russischen Reiches die bestehende Grenzlinie als Demarkationslinie anzuerkennen.

Gütersteuern von Danzig nach Polen.

Danzig, 1. August. Die Organisation der Eisenbahnbediensteten im Freistaat Danzig, Beamten und Arbeiter, haben als Vorgehensmaßregel gegen den Beschluß der polnischen Arbeiterorganisationen, die Lebensmittelzufuhr nach Danzig zu sperren, beschlossen, die Einkollektion des gesamten Güterverkehrs einschließlich der Lebensmittelzufuhren aus dem Freistaat nach Danzig in Aussicht zu nehmen.

Die Todesstrafe in Rußland.

Rosenhagen, 2. Aug. Wie „Berlingske Tidende“ aus Romo meldet, hat der Präsident des revolutionären Kriegskongresses der russischen Sowjetregierung offiziell mitgeteilt, daß die Abschaffung der verhängten Todesstrafen vom 2. Mai bis 26. Juni sich auf 600 bedient. Hierunter verhängt für Dekretion 273, für gegenrevolutionäre Handlungen 35, für Verbrechen 28, für Mord 45, für Verbrechen 99, für Verbrechen 42 und für öffentliche Verbrechen 33.

Von der Sozialistenkonferenz in Genf.

Genf, 2. Aug. Eine vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei in Genf angesetzte und internationalen Sozialistenkongress über die Verantwortlichkeit am Weltkrieg die übermittelte Denkschrift enthält, daß es vielmehr ein Fehler der deutschen Sozialdemokratie gewesen sei, daß sie das Bündnis mit Österreich-Ungarn nicht ebenso als Kriegsgefahr erkannte wie das russisch-französische. Sie habe nicht genügend beachtet, daß die Führung der deutschen auswärtigen Politik ohne Kontrolle des Reichstages eine Gefahr bilden müßte. Die deutsche Sozialdemokratie müßte sich anfragen, der deutschen Revolution nicht früher den Weg gebahnt zu haben. Der Reichstag hat sich nicht geäußert, daß es den Entente-Staatsmännern mit ihrem angeblichen Willen, Freiheit und Frieden der Völker zu sichern, nicht ernst gemeint sei. Einwandfreie Feststellung der Schuld könne erst erfolgen, wenn ein von internationalistischen Tendenzen freier Komitee sämtliche Staatsarchive geöffnet würden. Die tieferen Ursachen des Weltkrieges lägen in den imperialistischen Strömungen aller Länder und den unglücklichen Mächtekonstellationen, der unmittelbare Anlaß kriegsentscheidend, wenn auch nicht ausschlaggebend bei der mit Kopflosigkeit gesteuerten Gemütslosigkeit der jetzt gestürzten deutschen und österreichischen Mächteführer. Die Sozialdemokraten müßten jetzt so stark werden, daß keine Macht jemals das Kriegstier wieder öffnen könne. Dies könne nur durch soziale und internationale Eingriffe der Sozialdemokratie erreicht werden. Dafür einzutreten seien die deutschen Sozialdemokraten bereit.

Deutsches Reich.

Annahme der Zahl der Erwerbslosen. Aus dem Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt, daß die Zahl der unterliegenden Erwerbslosen im Reich weiterhin gewachsen ist. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 15. Juli 262 989, der weiblichen Erwerbslosen 94 154, also insgesamt 357 143 gegen 321 126 am 1. Juli und 267 185 am 15. Juni 1920. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 23 997 Familienangehörige, die als Zuschussempfänger unterlügen werden. Die Gesamtzahl der unterliegenden Erwerbslosen entspricht etwa dem Stande vom 15. März 1920.

Seine Genehmigung von Erlässen. Bei Behörden und im Publikum besteht seit der Annahme, daß nach dem Gläubigerschutz vom 28. Dezember 1919 Spielbills und ähnliche Gläubigerschutz-Berichtungen behördlich erlaubt werden könnten. Um diesen Irrtum zu beseitigen, hat die Reichsregierung ausführliche Bestimmungen erlassen, die am 1. August 1920 in Kraft treten. Danach kann die behördliche Erlaubnis nur für sogenannte harmlose Gläubigerspiele, wie sie bisher schon mit geringen Einlagen bei Jahrmärkten und Schützenfesten üblich waren, erteilt werden. Spielbills und sonstige Gläubigerspielanordnungen sind von der Zulassung ausgeschlossen. Eine etwa erteilte Erlaubnis wird mit dem Inkrafttreten der Gläubigerschutzbestimmungen ohne Weiteres hinfällig. Unter anderem hatte daher auch das Kasino im Wappenstein mit dem 1. August 1920 seinen Spielbetrieb einstellen.

Der Gehaltswart zur Entlohnung der Bevölkerung ist im Ausblick des Reichsministers nach längerer Aussprache mit unangelegten Veränderungen angenommen worden. Folgen der Währungsreform. Nach einer Mitteilung der Währungsreform-Kommission sollen die interalliierte Rheinlandkommission veräußerten Amtseinführungen des Währungsreform-Präsidenten und Polizeipräsidenten nicht empfindlich, sondern nur vorläufigen Charakter haben. Das Blatt berichtet, daß die Amtseinführungen und die betr. Verfügungen rückgängig gemacht werden sollen, da die Währungsreform-Kommission und Regierungstellen von den Vorgängen gegen Dornen tatsächlich keine Kenntnis gehabt haben, was ja von dem Transferrichter Polizeipräsidenten auch ausdrücklich bestätigt worden ist.

Die Trennung des laerländischen Knappschaltens vom Reich. Auf der letzten Vorstandssitzung der Reichsregierung wurde die Trennung des Reichs vom Reichsgebiet der Reichsregierung als Entschliessung der Generaldirektion der Saargruben vor, in der klipp und klar festgestellt wird, daß eine Trennung des Knappschaltens von der Reichsregierung zu erfolgen habe. Der jetzige Bergwerksbesitzer, der französische Staat, müsse es ablehnen, mit rechtserheinischen Verbänden zu verhandeln. Gleichzeitig wird auf eine Erhöhung der Ration hingewiesen, die eine enorme Erhöhung der Beträge im Gefolge haben muß.

Ausland.

Belgische des Arbeiterunbesetztes.

San Sebastian, 2. August. (Ein Dramatische.) Der Arbeiterunbesetzter hat beschlossen, die Bevölkerung des Ruhrbezugs von der Besetzung der Belagungsstellen zu erheben, eine internationale Konferenz zur Lösung der Transmittere erwidern sowie eine internationale Kommission für die Statistik zu ernennen. Der Sitz des Arbeiterunbesetztes wird innerhalb zweier Monate nach Schluß der Verhandlungen nach Genf verlegt werden.

Ein motu proprio des Papstes.

Rom, 2. August. (Eigene Dramatische.) Der „Ossatore Romano“ veröffentlicht ein motu proprio des Papstes, in welchem er auffordert, daß in der eigenen Welt der fünfzigste Jahrestag der Erhebung des heiligen Stuhles zum Patron der katholischen Kirche festlich begangen werden soll. Weiter fordert der Papst die Christen auf, die Bereicherung des heiligen Stuhles zu üben und die Arbeiter unter seinem Schutz stellen, um sie vor den schweren Gefahren des Sozialismus zu sichern, der der größte Feind der christlichen Lehre sei. Endlich verlangt der Papst von den Gläubigen die Achtung der eigenen Familie, denn die Familie sei die Grundlage der menschlichen Gesellschaft.

Halle und Umgegend.

Halle, den 3. August 1920.

Stadterordneten-Sitzung.

Die heutige Sitzung des hiesigen städtischen Rates — die Petitionen seit gestern Abend geritten — bis tief in die dritte Stunde. Sie galt fast ausschließlich der Festhaltung des Haushaltsplanes. Geändert wurde fast nichts. Bei dem Etat der Polizei machten die Unabkömmlichen wieder ihre prinzipiellen Gründe geltend und stimmten gegen die Bewilligung von Mit-

tein, aber sie blieben mit 23 gegen 25 Stimmen (Bürgerliche und Arbeiterpartei) in der Minderheit. Dagegen gelang ihnen durch den Zufall, daß gerade einige bürgerliche Stadträte anderer Parteien stimmten, den Etat geneigt die Position der Arbeiterpartei zu gewinnen, die gleichfalls seit Jahren regelmäßig im Minderheit ist. Mit 24 gegen 21 Stimmen wurde der Etat angenommen. Praktische Bedeutung wird natürlich durch dies keineswegs haben. Der Etat über das Kirchenwesen hat sich auf auf rechtlichen Verhältnissen, die unsere Stadt, obliegt, und der Verfassungssatz wird einfach so angenommen. Als der Leiter schon auf acht Uhr rückt, wünschten die Mitglieder der Unabkömmlichen nach der Beschlusssitzung des Stadterordnetenkollegiums zu erwidern, eine Vorlage von außerordentlichen Truppen. Eine heftige Diskussion setzte ein. Aber die Preisversteigerung, die schon vier Stunden den ermüdeten Staatsverwaltungen hatten folgen müssen, machten hier nicht mehr mit. Sie verließen den Saal. Es geht in auch schließlich nicht an das Vorliegen von einer Truppe, die in die Stadt einmarschieren sollte, sondern auch zwischen Halle und Umgegend werden.

Die Verhandlungen über die Beschlüsse der Stadterordnetenkollegiums sind im Minderheitsbericht (Unabk.) zu verfolgen. Es teilt folgende Punkte der Unabkömmlichen mit: Ist dem Magistrat bekannt, daß auf die hiesige Kosten zu beziehenden Verleihen nicht beerdigt werden? — Die Unabkömmlichen in nächster Sitzung behandelt werden.

Auswahl der Tagesordnung wird die Beschlüsse der Stadterordnetenkollegiums mit der Beschlüssen der vormaligen Sitzung, wo man sämtliche behördliche Magistratsmitglieder in die Beschlüsse 18 eingereiht, die Beschlüsse des Oberbürgermeisters gegen die Beschlüsse der Stadterordnetenkollegiums in die Amtsliste von 8000 Mt. jährlich bemittelt hat. Ein. Wille (Arbeiterpartei) wünscht auch zu der Amtsliste die Leuchtturmschiffe zu bewilligen.

Vorherige Sitzung entgegnet, die Stadterordnetenkollegiums hätten sich in der vorigen Sitzung gegen die Stadterordnetenkollegiums Wille Stimme abgegeben.

Der Antrag der Handels- und Bürgerschaften, Ortsgruppe Halle auf Aushebung der Jurisdiktion der Stadterordnetenkollegiums ist nicht angenommen. Es teilt folgende Punkte der Unabkömmlichen mit: Ist dem Magistrat bekannt, daß auf die hiesige Kosten zu beziehenden Verleihen nicht beerdigt werden? — Die Unabkömmlichen in nächster Sitzung behandelt werden.

Ein. Wille (Arbeiterpartei) wünscht auch zu der Amtsliste die Leuchtturmschiffe zu bewilligen.

Vorherige Sitzung entgegnet, die Stadterordnetenkollegiums hätten sich in der vorigen Sitzung gegen die Stadterordnetenkollegiums Wille Stimme abgegeben.

Der Antrag der Handels- und Bürgerschaften, Ortsgruppe Halle auf Aushebung der Jurisdiktion der Stadterordnetenkollegiums ist nicht angenommen. Es teilt folgende Punkte der Unabkömmlichen mit: Ist dem Magistrat bekannt, daß auf die hiesige Kosten zu beziehenden Verleihen nicht beerdigt werden? — Die Unabkömmlichen in nächster Sitzung behandelt werden.

Ein. Wille (Arbeiterpartei) wünscht auch zu der Amtsliste die Leuchtturmschiffe zu bewilligen.

Vorherige Sitzung entgegnet, die Stadterordnetenkollegiums hätten sich in der vorigen Sitzung gegen die Stadterordnetenkollegiums Wille Stimme abgegeben.

Der Antrag der Handels- und Bürgerschaften, Ortsgruppe Halle auf Aushebung der Jurisdiktion der Stadterordnetenkollegiums ist nicht angenommen. Es teilt folgende Punkte der Unabkömmlichen mit: Ist dem Magistrat bekannt, daß auf die hiesige Kosten zu beziehenden Verleihen nicht beerdigt werden? — Die Unabkömmlichen in nächster Sitzung behandelt werden.

Ein. Wille (Arbeiterpartei) wünscht auch zu der Amtsliste die Leuchtturmschiffe zu bewilligen.

Vorherige Sitzung entgegnet, die Stadterordnetenkollegiums hätten sich in der vorigen Sitzung gegen die Stadterordnetenkollegiums Wille Stimme abgegeben.

Der Antrag der Handels- und Bürgerschaften, Ortsgruppe Halle auf Aushebung der Jurisdiktion der Stadterordnetenkollegiums ist nicht angenommen. Es teilt folgende Punkte der Unabkömmlichen mit: Ist dem Magistrat bekannt, daß auf die hiesige Kosten zu beziehenden Verleihen nicht beerdigt werden? — Die Unabkömmlichen in nächster Sitzung behandelt werden.

Ein. Wille (Arbeiterpartei) wünscht auch zu der Amtsliste die Leuchtturmschiffe zu bewilligen.

Vorherige Sitzung entgegnet, die Stadterordnetenkollegiums hätten sich in der vorigen Sitzung gegen die Stadterordnetenkollegiums Wille Stimme abgegeben.

Der Antrag der Handels- und Bürgerschaften, Ortsgruppe Halle auf Aushebung der Jurisdiktion der Stadterordnetenkollegiums ist nicht angenommen. Es teilt folgende Punkte der Unabkömmlichen mit: Ist dem Magistrat bekannt, daß auf die hiesige Kosten zu beziehenden Verleihen nicht beerdigt werden? — Die Unabkömmlichen in nächster Sitzung behandelt werden.

Ein. Wille (Arbeiterpartei) wünscht auch zu der Amtsliste die Leuchtturmschiffe zu bewilligen.

Vorherige Sitzung entgegnet, die Stadterordnetenkollegiums hätten sich in der vorigen Sitzung gegen die Stadterordnetenkollegiums Wille Stimme abgegeben.

Der Antrag der Handels- und Bürgerschaften, Ortsgruppe Halle auf Aushebung der Jurisdiktion der Stadterordnetenkollegiums ist nicht angenommen. Es teilt folgende Punkte der Unabkömmlichen mit: Ist dem Magistrat bekannt, daß auf die hiesige Kosten zu beziehenden Verleihen nicht beerdigt werden? — Die Unabkömmlichen in nächster Sitzung behandelt werden.

Ein. Wille (Arbeiterpartei) wünscht auch zu der Amtsliste die Leuchtturmschiffe zu bewilligen.

Vorherige Sitzung entgegnet, die Stadterordnetenkollegiums hätten sich in der vorigen Sitzung gegen die Stadterordnetenkollegiums Wille Stimme abgegeben.

Der Antrag der Handels- und Bürgerschaften, Ortsgruppe Halle auf Aushebung der Jurisdiktion der Stadterordnetenkollegiums ist nicht angenommen. Es teilt folgende Punkte der Unabkömmlichen mit: Ist dem Magistrat bekannt, daß auf die hiesige Kosten zu beziehenden Verleihen nicht beerdigt werden? — Die Unabkömmlichen in nächster Sitzung behandelt werden.

Ein. Wille (Arbeiterpartei) wünscht auch zu der Amtsliste die Leuchtturmschiffe zu bewilligen.

Vorherige Sitzung entgegnet, die Stadterordnetenkollegiums hätten sich in der vorigen Sitzung gegen die Stadterordnetenkollegiums Wille Stimme abgegeben.

Der Antrag der Handels- und Bürgerschaften, Ortsgruppe Halle auf Aushebung der Jurisdiktion der Stadterordnetenkollegiums ist nicht angenommen. Es teilt folgende Punkte der Unabkömmlichen mit: Ist dem Magistrat bekannt, daß auf die hiesige Kosten zu beziehenden Verleihen nicht beerdigt werden? — Die Unabkömmlichen in nächster Sitzung behandelt werden.

Ein. Wille (Arbeiterpartei) wünscht auch zu der Amtsliste die Leuchtturmschiffe zu bewilligen.

Vorherige Sitzung entgegnet, die Stadterordnetenkollegiums hätten sich in der vorigen Sitzung gegen die Stadterordnetenkollegiums Wille Stimme abgegeben.

Der Antrag der Handels- und Bürgerschaften, Ortsgruppe Halle auf Aushebung der Jurisdiktion der Stadterordnetenkollegiums ist nicht angenommen. Es teilt folgende Punkte der Unabkömmlichen mit: Ist dem Magistrat bekannt, daß auf die hiesige Kosten zu beziehenden Verleihen nicht beerdigt werden? — Die Unabkömmlichen in nächster Sitzung behandelt werden.

Ein. Wille (Arbeiterpartei) wünscht auch zu der Amtsliste die Leuchtturmschiffe zu bewilligen.

Familien-Nachrichten

Geboren: Erich Schrade (S.), Halle. Verlobt: Eile Goldstein, Nordhausen - Max Abraham, Bremen. Gestorben: Hedra Werner Richter, Nordhausen. Gestorben: Helge - B. W. ...

Sport der 'Saale-Zeitung'

Borsajagen für Hannover. Dienstag, den 3. August.

1. R.: Herber II.-Cellist 2. R.: Friis-Rosenblith 3. R.: Gernert-O. Reibaus. 4. R.: Roland-Der Mohr. 5. R.: Stall Grabis-Stall Weindens. 6. R.: ...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Haverkörerte der alten Ernte.

Der Verband der Getreide- und Futtermittelvereinigungen Deutschlands ... Der Verband der Getreide- und Futtermittelvereinigungen Deutschlands ...

Vom Zuckermarkt.

Nb. Vom Beginn des neuen Betriebsjahres, das immer wieder Veränderungen in der Bewirtschaftung des Zuckers bringen wird, trennen uns nur noch vier Wochen. Bisher sind noch keine festen Bestimmungen getroffen worden, und alles befindet sich vorläufig noch immer im Zustand der Ermäugungen. Das ist in sich zwar nicht verwunderlich, da die Zuckerindustrie ...

Die Umstellung bei der Friedrich Krupp A.G. ist nunmehr fast beendigt, das bei der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach ...

Die Umstellung bei der Friedrich Krupp A.G. ist nunmehr fast beendigt, das bei der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach ...

Die Umstellung bei der Friedrich Krupp A.G. ist nunmehr fast beendigt, das bei der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach ...

Die Umstellung bei der Friedrich Krupp A.G. ist nunmehr fast beendigt, das bei der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach ...

Die Umstellung bei der Friedrich Krupp A.G. ist nunmehr fast beendigt, das bei der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach ...

Die Umstellung bei der Friedrich Krupp A.G. ist nunmehr fast beendigt, das bei der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach ...

Das Ergebnis der letzten Viehzählung vom 1. Juni d. J. ist noch nicht abgeschlossen, soweit aber die Zählungen vorliegen, lassen sie erkennen, das durchweg mit einer weiteren ...

Börse-Stimmungsbericht.

Berlin, 2. August. Die Börsen-Stimmungsberichtsform bildet heute im allgemeinen das wesentliche Merkmal des Börsenverkehrs. Größeres Gefühl und belangreiche Kursveränderungen ...

Devisenkurs.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in folgender Weise dar:

Table with columns: Land, Gold, Silber, Wechselkurs. Includes entries for Amsterdam, Rotterdam, London, New York, etc.

Produktenbericht.

Berlin, 2. August. Am Produktionsmarkt hat das niedrige Angebot der Regierung für die Lebensmittel aller Daters die Händler zur Zurückhaltung veranlasst. Man glaubt allgemein, das die noch im freien Verkehr befindliche Ware bald nicht mehr ...

Berlin, 2. August. Amtliche Notizen. Preis für 1000 kg. Inland. Soles oder als Speiser frei Wagen - also ab Bahn - ...

Die Umstellung bei der Friedrich Krupp A.G. ist nunmehr fast beendigt, das bei der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach ...

Die Umstellung bei der Friedrich Krupp A.G. ist nunmehr fast beendigt, das bei der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach ...

Die Umstellung bei der Friedrich Krupp A.G. ist nunmehr fast beendigt, das bei der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach ...

Die Umstellung bei der Friedrich Krupp A.G. ist nunmehr fast beendigt, das bei der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach ...

Die Umstellung bei der Friedrich Krupp A.G. ist nunmehr fast beendigt, das bei der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach ...

der Reichert's Wert die Ausgabe von im ganzen vier Millionen Mark neuer Aktien vorgeschlagen werden. Die letzteren ...

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in folgender Weise dar:

Table with columns: Deutsche Werte, Ausländ. Werte, Eisenbahn-Aktionen, Bank-Aktionen, Schiffbau-Aktionen, Industrie-Aktionen. Lists various companies and their values.

Die Umstellung bei der Friedrich Krupp A.G. ist nunmehr fast beendigt, das bei der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach ...

Die Umstellung bei der Friedrich Krupp A.G. ist nunmehr fast beendigt, das bei der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach ...

Die Umstellung bei der Friedrich Krupp A.G. ist nunmehr fast beendigt, das bei der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach ...

Die Umstellung bei der Friedrich Krupp A.G. ist nunmehr fast beendigt, das bei der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach ...

Die Umstellung bei der Friedrich Krupp A.G. ist nunmehr fast beendigt, das bei der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach ...

Die Umstellung bei der Friedrich Krupp A.G. ist nunmehr fast beendigt, das bei der Bau von landwirtschaftlichen Maschinen nach ...